

Mechthild Rawert

Im Bundestag für Tempelhof-Schöneberg

kompetent.

lebensnah.

vor Ort.



...newsletter



Newsletter zur 11. Sitzungswoche 2011

Liebe Leserin, lieber Leser,

politische Willensbildung ist häufig anspruchsvoll - und anstrengend zugleich. Das gilt nicht nur für Wählerinnen und Wähler sondern auch für mich als Parlamentarierin. Dies belegen die geführten Debatten dieser Woche zum Atomausstieg und den auch durch uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten unumkehrbar sicher zu stellenden Einstieg in ein wirklich erfolgversprechendes „Neues Energiezeitalter“. Ebenfalls das Ringen um die Positionierungen zur Festlegung von Regularien zur Rettung des Euro – zur Bewältigung der Krisen in Europa – verlangt vieles ab. Ich gebe es unumwunden zu: Diese „großen“ Debatten zehren an meinen Kräften.

Die Finanzkrise ist eben nicht bewältigt, wie uns die schwarz-gelbe Regierung weismachen wollte. Die sozialdemokratischen Forderungen nach einer stärkeren Regulierung der Finanzmärkte, nach einer Finanztransaktionssteuer sind heute noch so aktuell – und von Schwarz-Gelb unerfüllt – wie vor über einem Jahr. Die Spannung auf den Finanzmärkten hat sich sogar verschärft. Die Debatten zur Euro-Krise zeigen nur zu deutlich: Aus der Finanzkrise wurde auch eine Krise der Staatshaushalte. Fakt ist: Die Forderung der deutschen und europäischen Sozialdemokratie nach einem Sozialen Europa war und ist richtig!

Das griechische Volk und der griechische Staat haben sehr bemerkenswerte Anstrengungen zur Bewältigung der eigenen Schuldenkrise unternommen. Unsere griechischen Nachbarn verdienen weiterhin unsere Unterstützung. Auch sie haben das Recht auf eine volkswirtschaftlich hoffnungsvolle Perspektive – von der wir als Exportland auch selbst profitieren. Ich lehne das Schüren von Ressentiments gegen Menschen aus Südosteuropa, wie es Bundeskanzlerin Merkel getan hat, strikt ab. Diese Sorte Populismus halte ich für gefährlich – gefährlich für den Frieden in Europa und auch für den gesellschaftlichen Frieden in unserem Lande.

Ich wünsche Ihnen, Euch allen erholsame und erfreuliche Pfingsttage und viel Spaß beim Lesen!

Mechthild Rawert



1)

Inhalt:

■ Gesundheit und Pflege

- Infektionsschutzgesetz - Großen Wurf verpasst 2
- Individuelle Gesundheitsleistungen (IGeL) schädigen Vertrauensverhältnis 2
- Organspende bleibt lebenswichtig 3
- Vereinbarkeit Pflege und Beruf ungenügend geregelt 4

■ Demografischer Wandel

- AG Demografischer Wandel nimmt Arbeit auf 4

■ Inklusion: Behindertenrechte

- Barrierefreien Tourismus ermöglichen 5

■ Energiepolitik

- Energiewende ja, aber mit Fragezeichen 5

■ Finanzpolitik

- Stabilität der Eurozone sichern 7

■ Buchvorstellung

- „Nach Gaza - Zivilgesellschaft und internationale Politik“ 7

■ Bevölkerung und Entwicklung

- Parlamentarischer Beirat für Bevölkerung und Entwicklung 8

■ Aus dem Bundestag

- Kooperativen Föderalismus in der Bildung stärken 9
- Alphabetisierung und Grundbildung fördern 9
- Menschenrechtliche Verantwortung von Unternehmen 9
- Opfer von Misshandlungen in der Heimerziehung 10
- Mandatsverlängerungen für Libanon und Kosovo 11
- CO2-Gebäudesanierungsprogramm 11

■ Praktikum im Bundestag

- Alexandros Raftopoulos stellt sich vor 12

■ Aus Tempelhof-Schöneberg und Berlin

- Schuldnerberatung 12

■ Einladungen/Terminhinweise

13

■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: (030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ www.mechthild-rawert.de



■ **Gesundheit und Pflege**

Infektionsschutzgesetz - Bundesregierung verpasst großen Wurf



Mit der Abstimmung über das Infektionsschutzgesetz am 9. Juni dieser Woche haben es CDU/CSU und FDP verpasst, ein modernes Infektionsschutzgesetz mit breiter Zustimmung des Deutschen Bundestages zu verabschieden. Nun bleibt es lediglich bei Mindeststandards. Der Hintergrund ist sehr ernst: In Deutschland erkranken jährlich bis zu 600.000 Patient/innen an Krankenhausinfektionen. Bis zu 15.000 Patientinnen und Patienten sterben jährlich daran. Ein Teil der Infektionen und Todesfälle wäre durch geeignete Präventionsmaßnahmen vermeidbar.

Mehr Hygienefachpersonal ist nötig

Wir wären als SPD-Bundestagsfraktion bereit gewesen, ein Gesetz mit wegweisenden Instrumenten zur Verbesserung der Hygienesituation in deutschen Krankenhäusern mitzutragen. In den parlamentarischen Beratungen haben wir entsprechende Vorschläge gemacht. In dem von mir mit verfassten Antrag „Besserer Schutz vor Krankenhausinfektionen durch mehr Fachpersonal für Hygiene und Prävention“ (Drs. 17/4452) und mehreren Änderungsanträgen haben wir unter anderem bundeseinheitliche Hygienemindeststandards für alle Krankenhäuser, verpflichtende Eingangsscreenings von Risikopatient/innen auf multiresistente Erreger und klare Aussagen über den Bedarf und Ausbildung des Hygienefachpersonals gefordert. Was ebenfalls fehlt ist die Möglichkeit zur Abrechnung der ambulanten Weiterbehandlung von MRE-Keimträgern nach der Entlassung aus dem Krankenhaus.

Auch bei der Transparenz und der Qualitätssicherung hätte mehr getan werden können. Zu viel wird der Ausgestaltung der Selbstverwaltung überlassen und eine qualitätsorientierte Vergütung oder Sanktionen bei Hygienemängeln fehlen komplett.

Positiv bewerte ich die Einrichtung einer Kommission beim Robert-Koch-Institut, die Empfehlungen zum fachgerechten Einsatz von Diagnostika und Antiinfektiva bei der Therapie resistenter Infektionserreger geben soll. Ferner wird in der vertragsärztlichen Versorgung eine Vergütungsregelung für die ambulante Therapie von mit Methicillin-resistentem Staphylococcus (MRSA) infizierten Patientinnen und Patienten sowie für die diagnostische Untersuchung von Risikopatient/innen geschaffen.

Sogenanntes „Omnibusgesetz“ bringt keine qualitativen Fortschritte in der Pflege

Dabei kritisiere ich nicht grundsätzlich das Verfahren „Omnibusgesetz“ – nicht zusammenhängende Inhalte werden in einem Gesetz zur Abstimmung gebracht – sondern die mit dem Infektionsschutzgesetz nun vorgenommenen Verschlechterungen im Bereich der Pflegeversicherung.

So verweigert die Bundesregierung die Überarbeitung der Pflegekriterien auf wissenschaftlicher Grundlage. Ein entsprechender Änderungsantrag der SPD wurde von Schwarz-Gelb nicht angenommen. Stattdessen begnügt die Bundesregierung sich mit der Einrichtung einer Schiedsstelle zur Ausräumung von Streitigkeiten der Vertragspartner.

Ich kritisiere auch die in das Infektionsschutzgesetz völlig überflüssig aufgenommene Regelung des Prüfdienstes für die Privaten Krankenkassen. Schon jetzt ist der Verband der privaten Krankenversicherung auf Verlangen an den Qualitätsprüfungen in ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen zu beteiligen.

Individuelle Gesundheitsleistungen (IGeL) schädigen Vertrauensverhältnis zwischen Patient/innen und Ärzt/innen

Ich begrüße die Kritik des früheren Präsidenten der Bundesärztekammer Prof. Dr. Hoppe zur Ausweitung der Individuellen Gesundheitsleistungen (IGeL). In seiner Abschiedsrede auf dem 114. Ärztetag mahnte Prof. Dr. Hoppe „Patienten müssen bedingungslos auf ärztliche Professionalität und Fürsorge vertrauen können. Das individuelle Arzt-Patienten-Verhältnis prägt immer auch das Vertrauen in den ganzen Berufsstand. Deshalb müssen wir merkantilen Irritationen in der Arztpraxis mit allem Nachdruck begegnen“. Ich stimme dieser Haltung mit Nachdruck zu.



Besonders ausgeprägt sind die „merkantilen Irritationen“ in den Facharztgruppen der Augenärzt/innen, Frauenärzt/innen, Urolog/innen, Orthopäd/innen und Hautärzt/innen. Patientinnen und Patienten erhalten immer öfter Leistungen angeboten, die sie selbst privat zahlen müssen. Dies führt bei ihnen zu einer starker Verunsicherung hinsichtlich des Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) und beschädigt das

■ **Wahlkreis**

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ **Bundestag**

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: (030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ **www.mechthild-rawert.de**



Vertrauensverhältnis zwischen Arzt/Ärztin und Patient/innen.

Umfang der Individuellen Gesundheitsleistungen stark ansteigend

Laut aktuellen Befragungen des Wissenschaftlichen Instituts der AOK (WIdO) aus dem Jahr 2010, machen Augenärzt/innen und Frauenärzt/innen im Schnitt fünfmal häufiger ein privates Leistungsangebot als Allgemeinmediziner.

Die am häufigsten verkauften IGeL sind Leistungen im Rahmen der Glaukomvorsorge (Augeninnendruckmessung), Knochendichtemessungen (Osteoporoseuntersuchungen) oder Ultraschalluntersuchungen (Sonografien). Wurden 2008 IGeL-Leistungen im Wert von einer Milliarde Euro verkauft, betrug der Umsatz 2010 bereits mehr als 1,5 Mrd. Euro – Tendenz stark steigend. Diese Entwicklung ist für mich nicht hinnehmbar, da sie in großem Maß der Bereicherung eines kleinen Teils der Ärzteschaft dient.

Ich fordere die Bundesregierung deshalb zur Schaffung eines gesetzlichen Rahmens für Individuelle Gesundheitsleistungen (IGeL) auf. Den IGeLn sind die Stacheln zu ziehen: Es muss sichergestellt sein, dass diese Leistungen niemandem aufgedrängt und keinesfalls aus betriebswirtschaftlichen Gründen als Ersatz für GKV-Leistungen eingesetzt werden. Erforderlich ist eine vorherige umfassende Aufklärung über Inhalte und Preis sowie eine schriftliche Einwilligung und anschließend auch eine Rechnung. Umfassende wissenschaftliche Qualitätssicherungen und -kontrollen sind einzuführen.

Außerdem ist durch die ärztliche Selbstverwaltung zu gewährleisten, dass die Ausweitung des professionellen Marketings pro IGeL von Ärzt/innen in den Praxen mindestens gestoppt, am besten reduziert wird und Arzthelferinnen nicht als „IGeL-Verkäuferinnen“ eingesetzt werden.

Organspende bleibt lebenswichtig



"Richtig. Wichtig. Lebenswichtig!" lautete das Motto des diesjährigen, bundesweiten Tages der Organspende am 4. Juni. Der erste

Samstag im Juni ist seit 1982 traditionell der Organspende gewidmet und ein wichtiger Anlass, um das Thema stärker in das öffentliche Bewusstsein zu rücken.

Trauriger Fakt ist, dass in Deutschland jeden Tag drei Menschen sterben, weil sie nicht rechtzeitig ein Spenderorgan erhalten haben.

Bereits zwei Mal habe ich mich aus familiären Gründen mit dem Thema Organspende befasst und in diesen Zusammenhängen mit vielen Menschen gesprochen. Immer wieder bin auch auf Zustimmung gestoßen, dass sich die Zahlen ändern müssen. Demgegenüber steht aber: Mehr als 12.000 Kinder, Frauen und Männer warten jährlich dringend auf ein Spenderorgan. Die Spenderquote liegt in Deutschland bei knapp 16 Organspender/innen pro eine Million Einwohnerinnen und Einwohner und ist damit international unterdurchschnittlich. Fast 70 Prozent der Deutschen sagen zwar „Ja“ zur Organspende, aber nur rund 25 Prozent besitzen tatsächlich einen Organspenderausweis.

Die Spendenbereitschaft muss steigen

Ich trete deshalb dafür ein, dass jede/r Bundesbürger/in sich in ihrem/seinen Leben mindestens einmal aktiv mit der Frage beschäftigen muss: Organspende ja oder nein? Diese Abfrage kann z.B. bei der Ausstellung des Personalausweises oder der Krankenversichertenkarte erfolgen. Jeder und jede sollte diese Entscheidung selbst treffen und nicht anderen überlassen.

Ich bin froh, dass sich der Deutsche Bundestag aktuell und intensiv mit dem Thema Organspende und den Änderungen des Transplantationsgesetzes beschäftigt. Wir führen im Juni zwei öffentliche Anhörungen durch und diskutieren dabei auch über die Möglichkeiten zur Erhöhung der Spendenbereitschaft.

Die technischen und organisatorischen Aspekte der Organspende waren Gegenstand der ersten Anhörung des Gesundheitsausschusses am 8. Juni zur geplanten Änderung des Transplantationsgesetzes (Drs. 16/13740). Wichtige Fragestellungen zur Umsetzung ergaben sich aus den Vorgaben der Europäischen Union über die Qualitäts- und Sicherheitsstandards für zur Transplantation bestimmte menschliche Organe. Auf Zustimmung bei Ärzt/innen und Patientenverbänden stieß in der Anhörung unter anderem die geplante Bestellung von Transplantationsbeauftragten in allen Kliniken, die Organe entnehmen. Die zweite Anhörung wird am 29. Juni stattfinden.

Für mich ist klar: Die Förderung und Steigerung der Organspendebereitschaft der Bevölkerung hat oberste Priorität. Organspende rettet Leben und ist ein Zeichen gelebter Solidarität.

■ **Wahlkreis**

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ **Bundestag**

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: (030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ **www.mechthild-rawert.de**



Vereinbarkeit von Pflege und Beruf ungenügend geregelt

Das von der Bundesregierung zu Beginn des Jahres vollmundig ausgerufen „Jahr der Pflege“ wird mehr und mehr zum Rohrkrepierer. Zum Schaden der Pflegebedürftigen ist der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff immer noch nicht eingeführt worden. Keineswegs traurig bin ich über die Nichteinführung der von mir im Koalitionsvertrag angekündigten Teilprivatisierung der Pflege durch ein Kapitaldeckungssystem.



Ärgerlich ist der diese Woche in erster Lesung behandelte „Gesetzentwurf zur Vereinbarkeit von Pflege und Beruf“, der dem Anspruch nicht gerecht wird, pflegende Angehörige besser zu unterstützen. Die von Schwarz-Gelb geplante Familienpflegezeit bringt vor allem Nachteile und verlagert die Verantwortung für Pflege in den privaten Bereich. Nach meiner Überzeugung ist auch der im Gesetzentwurf fehlende Rechtsanspruch für Arbeitnehmer/innen auf Familienpflegezeit ein grundlegender Fehler. Problematisch ist auch die geplante Versicherungspflicht für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die das Familienpflegezeit-Modell in Anspruch nehmen wollen. Denn in der Regel werden sie die Versicherung auf eigene Kosten abschließen müssen und Frauen werden weiter die Hauptlast in der Pflege von Angehörigen tragen müssen.

Gefahr der Geschlechtersegregation am Arbeitsmarkt und der Altersarmut

In Zeiten steigender Pflegefallzahlen muss es uns gelingen, dass älteren Menschen ein menschenwürdiges Altern ermöglicht wird und Angehörige, in großer Mehrheit Frauen, nicht aufgrund von Pflegearbeit aus dem Beruf aussteigen. Wir brauchen deshalb vor allem eine Stärkung der kommunalen pflegerischen Infrastruktur und der professionellen Pflege. Die Angehörigen brauchen zudem flexible Zeitmodelle, um pflegebedürftigen Menschen Zuwendung zu schenken und Pflege zu organisieren.

Fazit: Die geplanten Regelungen gehen zum großen Teil zu Lasten der pflegenden Arbeitnehmer/innen. Die Seite der Arbeitgeber/innen ist dagegen über die Möglichkeit der zinslosen Refinanzierung und der Absicherung des Ausfallrisikos durch die Familienpflegezeitversicherung gut abgesichert. Außerdem sehe ich die große Gefahr, dass der Gesetzentwurf in der derzeitigen Ausgestaltung die Geschlechtersegregation am Arbeitsmarkt verstärken und die Altersarmut von Frauen verschärfen wird.

■ Demografischer Wandel

AG Demografischer Wandel nimmt Arbeit auf



Die SPD-Bundestagsfraktion hatte auf ihrer Klausurtagung in Magdeburg Anfang des Jahres beschlossen, über den Einsatz von Querschnitts-AGs die Arbeitsthemen besser zu vernetzen. Jetzt hat auch die AG Demografie unter Leitung von Franz Müntefering und Sabine Bätzing-Lichtenthäler ihre Arbeit aufgenommen. Ein sehr guter Start war am 06. Juni durchgeführte erste Arbeitskonferenz „Unsere Städte im demografischen Wandel“, die den Schwerpunkt auf das Leben in Großstädten und Ballungszentren legte. Die nächste Arbeitskonferenz am 27. Juni wird sich mit dem demografischen Wandel im ländlichen Raum befassen.

Die demografische Entwicklung der Bevölkerung in Deutschland berührt viele Themen von Gesundheitsversorgung über Pflegeangebote bis zur Mietenpolitik oder Verwaltungsstrukturen. Auch Fragen der Gleichstellung, soziale Integration und arbeitsmarktpolitische Fragen gehören in diesen Kontext. Mein Arbeitsschwerpunkt in dieser Arbeitsgruppe werden (wieder) die Gesundheits- und Pflegeberufe und allgemein die Gesundheitspolitik sein. Da ich aber auch in den AGs Migration und Integration und Gleichstellung als Stv. Sprecherin aktiv bin und mich mit der Engagementpolitik im Unterausschuss Engagementpolitik befasse, kommen in dieser Arbeitsgruppe viele meiner Kernthemen zusammen. Ziel der Arbeit hier ist es, die Abstimmung der Politikbereiche innerhalb der Fraktion zu verbessern und dadurch mit unseren Anträgen, Anfragen und Gesetzentwürfen profilierter an die Öffentlichkeit treten zu können.

In der AG-Sitzung dieser Woche hat meine Kollegin Hilde Mattheis, ebenfalls Mitglied des Gesundheitsausschusses, ihr Konzept zur Reform der Pflegeversicherung und –versorgung zur Diskussion gestellt. Vor dem Hintergrund der konkreten Zahlen und Situationsbeschreibungen aus Dortmund und Hannover, die wir bei der Fachtagung erfahren hatten, wurden die Notwendigkeit und die Bedeutung dieser Reform noch besser greifbar.

Ich freue mich auf die weitere spannende Zusammenarbeit mit meinen Kolleginnen und Kollegen.

■ **Inklusion: Behindertenrechte**

Barrierefreien Tourismus ermöglichen

Barrierefreies Reisen bildet einen wichtigen Bestandteil der gesellschaftlichen Teilhabe von Menschen mit Behinderungen. Mit der im März 2009 ratifizierten UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen hat sich Deutschland verpflichtet, geeignete Maßnahmen für Barrierefreiheit umzusetzen. Diese müssen für Menschen mit Gehbehinderungen ebenso wie mit Seh- und Hörbehinderungen und anderen Einschränkungen bei der Reiseplanung, auf dem Reiseweg, der Unterkunft und den touristischen Angeboten durchgängig durchgesetzt werden. Daher fordern wir Abgeordneten der SPD-Bundestagsfraktion in unserem Antrag „Barrierefreier Tourismus für alle“ (Drs. 17/5913) die Bundesregierung zur besseren Koordinierung und gezielten Förderung des barrierefreien Tourismus auf.



Bei der Festlegung der konkreten tourismuspolitischen Umsetzungsschritte müssen alle Betroffenen beteiligt und somit Länder und kommunale Spitzenverbände eingebunden werden. Weiterhin fordern wir ein Zuschussprogramm der Kreditanstalt für Wiederaufbau, um weitere Anreize für den barrierefreien Umbau von gastronomischen und touristischen Einrichtungen zu schaffen. Barrierefreiheit soll zu einem Vergabekriterium für Fördermittel des Bundes bestimmt werden. Die Zugänglichkeit von öffentlich genutzten Gebäuden, Denkmälern, aber auch von Großveranstaltungen muss für alle gewährleistet werden.

Die schwarz-gelbe Bundesregierung muss die Umsetzung der UN-Konvention auch im Schienenfernverkehr und im öffentlichen Nahverkehr weiter vorantreiben, um einen umfassenden barrierefreien Ausbau der Bahnhöfe sicherzustellen. Dies gilt generell auch als Grundlage für neue Bauvorhaben. Wir sind außerdem der Überzeugung, dass Barrierefreiheit verpflichtend in die akademische Ausbildung der tourismusrelevanten Studiengänge sowie der Hotelfachschulweiterbildungen aufzunehmen ist.

Grundsätzlich treten wir dafür ein, dass barrierefreier Tourismus stärker vermarktet und ein bundesweit qualitätsgeprüftes Gütesiegel „Barrierefreier Tourismus für Alle“ eingeführt wird.

■ **Energiepolitik**

Energiewende ja, aber mit Fragezeichen



Am 09. Juni hat Bundeskanzlerin Merkel in ihrer Regierungserklärung „Der Weg zur Energie der Zukunft“ sich mit einigem falschem Pathos

von ihrer bisherigen Energiepolitik verabschiedet und versucht, die rot-grüne Energiewende zu ihrer eigenen zu machen. Ein ganzes Bündel von Gesetzen zum Atomausstieg und zur Energiepolitik wurde in 1. Lesung debattiert. Frank-Walter Steinmeier hat in seiner Rede auf gravierenden Nachbesserungsnotwendigkeiten der vorliegenden Gesetzesentwürfe verwiesen. Er erinnerte auch an die Rede von Hans-Jochen Vogel am 14. Mai 1986, in der dieser sich für die SPD im Parlament positioniert hat: „Wir lehnen den weiteren Ausbau der Kernenergie ab“ und „Die Nutzung der vorhandenen Kernkraftwerke ist nur noch für eine Übergangszeit zu verantworten“. Das haben wir mit dem rot-grünen Atomkonsens 2001 auch wahr gemacht.

Mir ist es wichtig, dass wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht nur nicht vergessen, sondern auch stetig darauf verweisen: Die SPD hat nach 10jähriger Debatte bereits am 26. August 1986 auf dem Nürnberger Parteitag den Ausstieg aus der Kernenergie beschlossen. Unser Prozess des Umdenkens hat nicht erst mit Fukushima begonnen. Darauf habe ich bereits in meiner Erklärung anlässlich des 25. Jahrestages der Atomkatastrophe in Tschernobyl am 26. April 2011 hingewiesen.

Die Empfehlungen der Ethikkommission für sichere Energieversorgung stimmten in weiten Teilen mit den Grundforderungen der SPD überein, wurden aber von der Regierung nicht wirklich aufgenommen. Deshalb haben sich auch mehrere Mitglieder der Kommission von der Bundesregierung distanziert.

Bis zur endgültigen Abstimmung am 30.06. im Bundestag prüfen die EnergieexpertInnen unserer Fraktion jetzt ganz genau, wie wir uns zu den zum Teil ungenauen und im Einzelnen auch technisch unausgereiften Vorstellungen der Koalition verhalten wollen. Dieser Termin ist wichtig,

■ **Wahlkreis**

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ **Bundestag**

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: (030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ **www.mechthild-rawert.de**



um zu verhindern, dass einige der wegen des Moratoriums abgeschalteten AKWs wieder ans Netz gehen.

Was ist geplant von der Regierung? - ein erster Überblick:

Das schwarz-gelbe „Energiepaket“ umfasst insgesamt acht Gesetze und eine Verordnungsnovelle. Außerdem hat die Bundesregierung einen Erfahrungsbericht zum EEG, ein Eckpunktepapier zum Thema Energieeffizienz sowie „Eckpunkte für ein energiepolitisches Konzept“ („Der Weg zur Energie der Zukunft“) beschlossen. Zum schwarz-gelben „Energiepaket“ gehören:

- **Entwurf eines 13. Gesetzes zur Änderung des Atomgesetzes (AtomG):** Regelt den schrittweisen Ausstieg aus der Atomenergie bis Ende 2022. Führt zeitliche Befristungen der Berechtigungen der Kernkraftwerke zum Leistungsbetrieb ein.
- **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung eines Sondervermögens „Energie- und Klimafonds“ (EKFG-ÄndG):** Ab 2012 sollen die Einnahmen aus dem Emissionshandel für den Ausstieg aus der Atomenergie, die Energiewende und den Klimaschutz zur Verfügung gestellt werden.
- **Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung energiewirtschaftsrechtlicher Vorschriften (EnWGÄndG):** Setzt EU-Richtlinien um und ändert die Entflechtungsregeln für die Transportnetze. Zudem soll eine koordinierte, gemeinsame Netzausbauplanung aller Übertragungs- bzw. Fernleitungsnetzbetreiber gewährleistet werden. Stärkt die Rechte der VerbraucherInnen. Weitere Regelungen betreffen das Konzessionsvertragsrecht, die Stärkung der Unabhängigkeit der Regulierungsbehörden, die Nutzungsentgelte von Speichern sowie die Integration von zu- und abschaltbaren Lasten.
- **Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Rechtsrahmens für die Förderung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien (EEG):** Soll Ersatz für wegfallenden Atomstrom schaffen und den Anteil der Erneuerbaren Energien bis 2020 auf 35 Prozent zu erhöhen. Dabei soll die Förderung von Offshore-Windkraft, Geothermie und großen Biomasse-Anlagen verbessert, die Förderung von Onshore-Wind, Photovoltaik und kleinen Biomasse-Anlagen verschlechtert werden. Eine Stromvermarktung jenseits des EEG soll durch eine Marktprämie eingeführt werden, bestehende Marktoptionen werden verschlechtert.
- **Entwurf eines Gesetzes über Maßnahmen zur Beschleunigung des Netzausbaus Elektrizitätsnetze (Netzausbaubeschleunigungsgesetz (NABeG):** Soll den Ausbau der Stromnetze beschleunigen. U.a. durch eine Bundesfachplanung, für die die Bundesnetzagentur zuständig sein soll.

- **Entwurf eines Gesetzes zur steuerlichen Förderung von energetischen Sanierungsmaßnahmen an Wohngebäuden:** steuerliche Förderung von energetischen Sanierungsmaßnahmen an Gebäuden.
- **Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der klimagerechten Entwicklung in den Städten und Gemeinden:** Will Klimaschutz im Bauplanungsrecht verankern.
- **Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung schiffahrtsrechtlicher Vorschriften:** Anpassung des Seeaufgabengesetzes in Zusammenhang mit Offshore-Projekten.
- **Änderung der Ordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge:** Einführung der Energieeffizienz als Kriterium bei der öffentlichen Vergabe.

Wo sehen wir gravierende Probleme?

- Die Frage des Endlagers ist nicht geklärt, Alternativen zu Gorleben werden nicht geprüft.
- Den Gesetzesentwürfen fehlt ein neues kerntechnisches Regelwerk, das Sicherheitsprüfungen künftig auf der Höhe der wissenschaftlichen Erkenntnisse ermöglicht.
- Die Energiewende muss sozial und wirtschaftlich gestaltet werden. Das heißt, die wirtschaftliche und soziale Verträglichkeit aller Entscheidungen muss gesichert sein. Das wurde bei den Gesetzesentwürfen bislang nicht ausreichend bedacht.

Die Energiewende kann zu einem neuen Erfolgskapitel in der Industriegeschichte unseres Landes werden - oder sie kann in die Deindustrialisierung führen und die erfolgreich gesenkte Arbeitslosigkeit wieder verschärfen. In Zukunft werden weniger als bisher die Arbeitskosten über die internationale Konkurrenzfähigkeit der Produktion entscheiden als vielmehr die Kosten für Energie und Rohstoffe. Investitionen in Effizienz sind deshalb eine herausragende Aufgabe. Wir wollen ein „industriepolitisches Monitoring“ der Preisentwicklung mit der Option, gefährdete Industrie gezielt zu entlasten. Über ein Investitionsprogramm Energieeinsparung wollen wir die Unternehmen in die Lage versetzen, ihre Energieproduktivität erheblich zu steigern.

Zugleich müssen wir auch im Auge behalten, die einkommensschwachen Verbraucherinnen und Verbraucher nicht zu überfordern. Wir brauchen einen Durchbruch der Effizienz auch in privaten Haushalten. Wir setzen uns daher für einen Energieeffizienzfonds ein, der bei der Anschaffung von sparsamen Technologien und Haushaltsgeräten hilft und als weiteres Investitionsprogramm wirken wird.

■ **Finanzpolitik**

Stabilität der Eurozone sichern - Debatte zur europäischen Staatsschuldenkrise

Die SPD-Fraktion hat sich in dieser Woche intensiv und in vielen Arbeitsgruppen mit der Eurokrise und den Griechenlandhilfen befasst, eine Sonderfraktionssitzung dazu abgehalten und eine ausführliche Plenardebatte geführt. Auch innerhalb der Regierungskoalition ist das Thema kontrovers: trotz satter Mehrheit von 19 Stimmen im Bundestag kann die Regierung ihre Vorstellungen nicht sicher durchsetzen. Erst vor diesem Hintergrund war die Regierung jetzt zu einer breiteren öffentlichen Debatte bereit. Bislang hatte sie nicht einmal ihre eigenen Koalitionsfraktionen, geschweige denn das gesamte Parlament hinreichend in die Entscheidungen eingebunden.



Europäische Lösungen suchen

Ein Jahr nach dem ersten Rettungspaket von 110 Mrd. Euro steckt Griechenland erneut in großen Schwierigkeiten, neue Hilfen sind erforderlich. Immer klarer wird: Jede dauerhaft tragfähige Lösung erfordert zwingend die Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Auch darüber hat der Bundestag am 09. Juni beraten. Wir fordern in unserem parallel mit den französischen Sozialistinnen und Sozialisten ins Parlament eingebrachten Antrag, dass auch Transaktionen auf den Finanzmärkten einer Umsatzsteuer unterliegen. Europäisches Handeln ist hier erforderlich.

Merkels Fehler rächen sich jetzt

Es war ganz wesentlich die Finanzmarktkrise, die zur Verschärfung der Staatsschuldenkrise in der Eurozone geführt hat. Dies vor Augen, haben wir die schwarz-gelbe Koalition früh gewarnt, dass ein einseitiges Spardiktat finanzschwache Länder wie Griechenland nicht vor der Pleite retten wird. Das Land steckt jetzt in einer Schulden-Rezessions-Spirale. Es hat heute eine höhere Staatsverschuldung und muss höhere Zinsaufschläge zahlen als zum Zeitpunkt des ersten Rettungspakets vor einem Jahr - ein Widerspruch.

Weil Haftung und Risiko jetzt nicht in einer Hand liegen (der Staat garantiert, der Kapitalmarkt profitiert), können Finanzinvestoren jetzt hohe Zinsen einstreichen, für die letztlich die Steuerzahlenden aller Euro-Staaten gerade stehen müssen. Damit profitieren die Verursacher der Krise auch noch von ihr. Griechenland hat davon nichts. Jede Sparanstrengung wird durch die hohen Zinsen wieder aufgefressen. Eine neue Perspektive, die auf reale Investitionen, Wachstum und wirtschaftliche Erholung aufbaut,

ist nur mit einem Wachstums- und Modernisierungsprogramm zu erreichen. Darum ringen unsere Finanz-, Wirtschafts- und Europaexpert/innen zurzeit auf allen Ebenen.

Die griechische Bevölkerung hat sehr tiefe Einkommenseinschnitte hinnehmen müssen, ohne dass dadurch der wirtschaftliche Kollaps abgewendet werden konnte. Hier sind die Staaten der Eurozone gefragt. Gerade weil jetzt sichtbar wird, dass Merkel und Schäuble mit ihrer Verzögerungstaktik im Jahr 2010 zur Verschärfung der Situation in Griechenland beigetragen haben, sind wir in der Pflicht, endlich für ein EU-Konzept zu sorgen, das den Kern der Finanzkrise ins Visier nimmt und Weichenstellungen für die Regeln der internationalen Finanzmärkte schafft.

Klare Position der SPD

Die Parlamentarische Linke, zu der ich gehöre, hat ihre Forderungen zu den Finanzhilfen und weiteren Schritten in die Fraktion eingebracht und ist auf viel Zustimmung getroffen. Wir wollen Griechenland helfen, aber nachhaltig. Neben den wesentlichen Forderungen nach Gläubigerbeteiligung jetzt und Einführung der Finanztransaktionssteuer für die Zukunft müssen wir deshalb die Frage erörtern, warum eine Umschuldung nach den anfänglichen Vorstellungen der Regierung das Problem Griechenlands nicht beheben kann. Die Stabilität der griechischen aber auch der zypriotischen Banken spielt hier eine zentrale Rolle. Eine Lösung nach unseren Vorstellungen müsste verlängerte Laufzeiten für die Kredite und Zinssenkungen beinhalten, gekoppelt mit den schon angesprochenen Maßnahmen zur Wirtschaftsförderung. Eine noch zu gründende europäische Schuldenagentur soll im Namen aller Euro-Länder Gemeinschaftsanleihen (Eurobonds) herausgeben und so die Schuldenlast aus Zinsforderungen z.B. für Griechenland deutlich verringern.

Im Augenblick sieht es so aus, als würde die Regierungskoalition einige unserer Lösungsansätze in ihre Überlegungen einbeziehen, genau beurteilen können wir es aber noch nicht. Diese Debatte muss auch auf EU-Ebene weiter geführt werden, denn eine alleinige deutsche Lösung dieser Probleme gibt es nicht.

■ **Buchvorstellung**



“Nach Gaza - Zivilgesellschaft und internationale Politik“

Die Gaza Freedom Flottille war eine humanitäre Aktion für die

■ **Wahlkreis**

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ **Bundestag**

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: (030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ **www.mechthild-rawert.de**



seit Jahren leidende palästinensische Bevölkerung im Gazastreifen. Sie war aber gedacht als politische Aktion im Rahmen des gewaltfreien zivilen Ungehorsams, um gegen die israelische Blockade des Gazastreifens zu demonstrieren. Bekanntermaßen wurde es nicht gewaltfrei: Die Flottille wurde durch das israelische Militär angegriffen, neun Aktivisten erschossen und Dutzende verletzt. Traurigerweise rückte erst dieses Ereignis die Blockade wieder ins öffentliche Bewusstsein – mit dem Ergebnis, dass die Blockade von Seiten Israels gelockert wurde.

In der darauffolgenden Bundestagsdebatte am 01. Juli 2010 zum Antrag „Ereignisse um die Gaza-Flottille aufklären – Lage der Menschen in Gaza verbessern – Nahost-Friedensprozess unterstützen“ (Drs. 17/2328) wurde in seltener fraktionsübergreifender Einigkeit die Blockade des Gazastreifens als völkerrechtswidrig und kontraproduktiv eingeschätzt. Mehrfach wurde dabei herausgestellt, dass dieser Antrag weder anti-israelisch noch anti-palästinensisch sei.

Für mich und meine Kollegin Kathrin Vogler (DIE LINKE) sowie den ehemaligen Bundestagsabgeordneten Christian Sterzing (Bündnis 90/Die Grünen) war das gesamte Geschehen Anlass, gemeinsam das Buch „Nach Gaza- Zivilgesellschaft und internationale Politik“ herauszugeben. Wir woll(t)en einen Beitrag dazu leisten, die Mauer des Schweigens in Deutschland über die völkerrechtswidrige Abriegelung des Gaza-Streifens aufzubrechen.

Das Buch wurde am Mittwoch, den 08.Juni, im Paul-Löbe-Haus, Journalisten und Interessierten, z.B. Mitgliedern der Katholischen Friedensbewegung Pax Christi, vorgestellt. Gegenstand der Diskussion war aber letztlich weniger das Buch selbst als Ansätze zur friedlichen Veränderung der Nahost-Verhältnisse beziehungsweise die augenblickliche Versorgungssituation der Menschen in Gaza. Versorgung meint damit nicht nur Nahrung oder Baumaterial. Versorgung meint auch Bildung und Gesundheit. Die Lockerung der Blockade hat die Situation nur zum Teil verbessert. Ich finde es nach wie vor unerträglich, dass eine zufriedenstellende Beschulung eines jeden Kindes nicht mehr gewährleistet ist, da es an Baumaterialien für Klassenräume fehlt.

Debattiert wurden auch die sich durch den „Arabischen Frühling“ rasant ändernden politischen Bedingungen in den verschiedenen Nachbarstaaten wie Ägypten aber auch Syrien. Welche Auswirkungen haben diese auf den israelisch-palästinensischen Friedensprozess? Für die Politik aber auch für zivilgesellschaftliche Akteure stellen sich nach wie vor die Fragen: Welche positiven Impulse können

wir geben? Wie können wir präventiv arbeiten und wann müssen wir wie intervenieren? Zum 01. Juli übernimmt Außenminister Guido Westerwelle den Vorsitz des UN-Sicherheitsrates? Mit welchen Konzepten haben wir für den Nahen Osten zu rechnen?

Auch diese Buchvorstellung hat deutlich gemacht, dass es kaum möglich ist, den Friedensprozess im Nahen Osten ohne vorherrschende vorherige Parteinahme zu diskutieren. Mehrere der Anwesenden - auch ich - betonten ausdrücklich, die diesjährige Gaza-Flottille nicht zu unterstützen. Es kann nicht davon ausgegangen werden, dass es zu keinen gewalttätigen Provokationen kommt. Damit ist die Ausgangslage eine gänzlich andere als 2010.

Die Buchvorstellung war ein guter Anlass, den Gaza-Streifen und damit zusammenhängende politische Herausforderungen in den Mittelpunkt politischer Diskussionen zu rücken - damit wurde ein wesentlicher Zweck des Buches erfüllt.

■ **Bevölkerung und Entwicklung**

Parlamentarischer Beirat für Bevölkerung und Entwicklung

Als Mitglied des fraktions- und ausschussübergreifenden Parlamentarischen Beirats für Bevölkerung und Entwicklung habe ich am 09. Juni am Parlamentarischen



Frühstück mit Gill Greer, Geschäftsführerin der International Planned Parenthood Federation (IPPF) teilgenommen. Gill Greer gab einen umfassenden Überblick über die Entwicklung der Förderung der Sexuellen und Reproduktiven Gesundheit und Rechte (SRGR) und Familienplanung durch den IPPF in den vergangenen Jahren. Sie forderte verstärkte finanzielle Anstrengungen insbesondere für Mädchen/junge Frauen unter 15 Jahren. Viel zu viele werden bereits unter 15 Jahren verheiratet, werden schwanger. Viele von ihnen sterben früh, häufig bei der Geburt. Leider sei der Anstieg der Mädchen/jungen Frauen, die alleinerziehende Mütter werden, steigend. Es sei notwendig, mehr in die Bildung von Mädchen/jungen Frauen zu investieren: Bildung helfe gegen frühe Verheiratungen, stärke auch die Möglichkeit, wirtschaftlich unabhängiger zu werden und eigene Armut zu lindern bzw. zu verhindern.

Die Mitglieder des Parlamentarischen Beirats für Bevölkerung und Entwicklung setzen sich für die Verwirklichung Sexueller und Reproduktiver Gesundheit und Rechte bis

■ **Wahlkreis**

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ **Bundestag**

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: (030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ **www.mechthild-rawert.de**



zum Jahr 2015 ein, wie sie im Aktionsprogramm von Kairo der Weltbevölkerungskonferenz 1994 festgeschrieben wurde. Der Beirat wird dabei von der Deutschen Stiftung Weltbevölkerung (DSW) unterstützt.

Zusammen mit Mitgliedern des Parlamentarischen Beirats und weiteren europäischen Mitgliedern des IPPF werde ich im Juli nach Ruanda fahren. Ruanda unternimmt bemerkenswerte Schritte zur Förderung der Sexuellen und Reproduktiven Gesundheit und Rechte (SRGR) und Familienplanung. Durchschnittlich bringt eine Frau noch 5–6 Kinder zur Welt. Deswegen bestehen auf politischer Ebene Pläne zur Einführung einer „Drei-Kinder-Politik“.

■ Aus dem Bundestag

Kooperativen Föderalismus in der Bildung stärken



Auch wenn der Bildungsföderalismus sich grundsätzlich bewährt hat, muss er angesichts neuer gesellschaftlicher Entwicklungen und bildungspolitischer Herausforderungen weiter entwickelt werden. Wir brauchen einen neuen Kooperativen Föderalismus, mit dem wir die Transparenz und Leistungsfähigkeit des Bildungswesens auf allen Ebenen stärken.

Unser Antrag (Drs. 17/5911) vom 10. Juni fordert eine Änderung des Grundgesetzes, die eine weitergehende Kooperationsmöglichkeit zwischen Bund und Ländern schafft. Bund und Länder sollen gemeinsame Leistungs- und Qualitätsstandards entwickeln und bei Maßnahmen zur Sicherstellung der Leistungsfähigkeit des Bildungswesens zusammenwirken können.

Für eine Aufhebung des Kooperationsverbots sprechen sich immer mehr Parteien, Verbände und zivilgesellschaftliche Akteure aus. Zuletzt hat die FDP ihre Bereitschaft für eine Grundgesetzänderung signalisiert, CDU/CSU sind noch uneins. Bildungsministerin Schavan bekräftigt zwar immer wieder ihre Kritik am Kooperationsverbot, doch eine konkrete Initiative zu seiner Überwindung lässt sie bislang vermissen.

Am Montag, dem 06. Juni, hat sich die Berliner Landesgruppe der SPD-Bundestagsfraktion, deren Sprecherin ich bin, bei mir mit dem Präsidenten der Humboldt-Universität, Prof. Dr. Olbertz, zusammengesetzt, um genau über diese und weitere hochschulpolitische Fragen zu sprechen. Berlin ist eine attraktive Wissenschaftsstadt und muss auch in

Zeiten leerer Kassen intensiv daran arbeiten, dieses Image auszubauen.

Alphabetisierung und Grundbildung fördern

Die aktuelle Alphabetisierungsstudie zeigt, dass die Zahl der Menschen mit unzureichender Lese- und Schreibkompetenz (funktionale Analphabet/innen) unter den erwerbsfähigen Erwachsenen bei 14,5 Prozent liegt. Das sind 7,5 Millionen Menschen und damit doppelt so viele wie bisher angenommen. Betroffen sind vor allem Männer und die Altersgruppe der 50- bis 64-Jährigen und der 18- bis 29-Jährigen. Bisherige Bemühungen reichen nicht aus, um die betroffenen Menschen aus dem sozialen und ökonomischen Abseits zu holen und ihre gesellschaftliche Teilhabe zu sichern. Auch angesichts der UN-Dekade der Alphabetisierung (2003-2012), die weltweit die Halbierung der Analphabetenquote zum Ziel hat, brauchen wir ein umfassendes Konzept, mit dem Analphabetismus und fehlende Grundbildung zu einem gesamtgesellschaftlichen und gesamtpolitischen Anliegen wird.



Unser am 9. Juni beratener Antrag (Drs. 17/5914) fordert die Regierung dazu auf, gemeinsam mit Ländern und Kommunen einen „Grundbildungspakt“ (Alpha-Pakt) zu schließen, um die Anzahl der Menschen mit unzureichender Lese- und Schreibkompetenz zu halbieren. Wirtschaftsverbände, Gewerkschaften, Sozialverbände, Kirchen und Medien sollen an seiner Entwicklung und Umsetzung beteiligt werden. Der Bund muss jährlich mindestens 20 Millionen Euro für den Pakt bereitstellen. Die Schaffung von 100.000 Alphabetisierungskursplätzen steht dabei im Vordergrund. Gemeinsam mit den Ländern müssen für diese Kurse qualitätssichernde Rahmenstandards festgelegt und Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen für die Lehrenden entwickelt werden. Zudem fordern wir Grundbildungsmaßnahmen in Betrieben, an denen auch die Sozialpartner beteiligt werden. Ein flächendeckendes Netz der qualitativen Bildungsberatung für alle muss auf- und die statistische Datenlage sowie die Bildungsforschung ausgebaut werden.

Menschenrechtliche Verantwortung von Unternehmen



In einer globalisierten Welt steigt der Einfluss internationaler Konzerne. Staatliche Kontrollmechanismen reichen nicht aus, um

■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: (030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ www.mechthild-rawert.de



die Menschenrechte zu schützen. Deshalb will der UN-Menschenrechtsrat im Juni dieses Jahres Leitlinien für menschenrechtlich verantwortliches unternehmerisches Handeln verabschieden. Die Leitlinien führen bestehende Normen und Mechanismen zusammen und schaffen Transparenz in Bezug auf rechtliche Verpflichtungen, freiwillige Initiativen und bisher unklare Verantwortlichkeiten. Adressaten sind Staaten und Unternehmen gleichermaßen. Die Leitlinien beruhen auf drei Säulen: der staatlichen Verpflichtung, die Menschenrechte gegen Verletzungen Dritter zu schützen (protect), der Verantwortung von Unternehmen, die Menschenrechte zu respektieren (respect) und dem Zugang der Opfer zu effektiven Beschwerde- und Abhilfemaßnahmen gerichtlicher und nicht-gerichtlicher Art (remedy).

In unserem am 9. Juni beratenen Antrag (Drs. 17/6087) fordern wir die Regierung dazu auf, sich für die Annahme, Umsetzung und Weiterentwicklung der Leitlinien sowohl auf nationaler als auch auf EU-Ebene einzusetzen. Dabei müssen die Beteiligung der Zivilgesellschaft, Berichts- und Offenlegungspflichten für Unternehmen, Menschenrechtsklauseln in Freihandelsabkommen der EU, Unternehmensstrafbarkeit sowie Unternehmenssorgfaltspflichten im Vordergrund stehen.

„Das Persönliche ist politisch“ und „Wir haben Verantwortung füreinander - über Generationen und Staaten hinweg“

Das im Deutschen Bundestag behandelte Thema „Opfern von Unrecht und Misshandlungen in der Heimerziehung wirksam helfen“ berührt mich aus zwei Gründen sehr:



Zum einen haben mich 2006 Berlinerinnen und Berliner im Rentenalter, die in den 50er und 60er Jahren im Heim aufgewachsen waren, angesprochen und um Unterstützung gebeten. Durch den Film „Die unbarmherzigen Schwestern“ war auch in Deutschland der Skandal um den systematischen Missbrauch und die vielen Misshandlungen in Heimen in Irland öffentlich geworden. Hierdurch angeregt, hatten sie den Mut und die Kraft, sich einem sie schmerzhaft prägenden Kapitel ihres Lebens zuzuwenden, und machten deutlich, dass Vergleichbares in den 50er und 60er Jahren auch in deutschen Heimen geschehen sei. Ganz anders liegt der Sachverhalt bei den sogenannten „Kriegskindern“, den „Wehrmachtskindern“, den „Besatzungskindern“ - und dennoch ist vieles vergleichbar. Viele dieser Kinder wuchsen nicht liebevoll in Familien auf son-

dern wurden in den 50er und 60er Jahren weltweit - und auch in Deutschland - in Heime oder in die Psychiatrie gesteckt. Auch sie haben den Mut und die Kraft, sich im letzten Lebensviertel der eigenen Lebensgeschichte noch einmal offensiv zu stellen - und dabei auch staatliche Unterstützung und auch Wiedergutmachung einzufordern. (vgl. „Vater gesucht - Ein bis heute andauerndes Tabu des Zweiten Weltkrieges“ auf meiner Website).

Opfern von Unrecht und Misshandlungen in der Heimerziehung wirksam helfen

Ehemalige Heimkinder aus West-Deutschland und Berlin West haben sich 2006 an den Petitionsausschuss des Bundestages gewandt und Entschädigungsleistungen für erlittenes Unrecht und Leid, eine Entschuldigung des Bundestages sowie die wissenschaftliche Aufarbeitung der Thematik gefordert. Im Zuge der Anerkennung dieses Anliegens, empfahl der Petitionsausschuss nach intensiver Beschäftigung im November 2008 die Einsetzung eines Runden Tisches. Im Februar 2009 richtete der Bundestag im fraktionsübergreifenden Konsens einen Runden Tisch „Heimerziehung in den 50er und 60er Jahren“ ein. Seine beschlossenen Empfehlungen wurden am 19. Januar 2011 dem Bundestagspräsidenten überreicht. Das Schicksal von Kindern und Jugendlichen in Heimen der DDR wurde bisher nicht vom Runden Tisch behandelt, weil sich dessen Arbeit auf die Petitionen zum Schicksal ehemaliger Heimkinder in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin West bezog.

Überfraktionelle Forderung nach Entschädigung von misshandelten Heimkindern

Kinder und Jugendliche, die während einer kommunalen oder kirchlichen Heimerziehung in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR zwischen 1949 und 1975 zu Opfern von Unrecht und Misshandlungen geworden sind, sollen entschädigt werden. Dies fordern die Fraktionen der CDU/CSU, SPD, FDP und von Bündnis 90/Die Grünen in einem gemeinsamen Antrag „Opfern von Unrecht und Misshandlungen in der Heimerziehung wirksam helfen“ (Drs. 17/6143). Dabei soll die Entschädigung westdeutscher Heimkinder gemäß der Empfehlungen des Runden Tisches über einen bundesweiten Fonds in Höhe von 120 Millionen Euro finanziert werden. Der Bund, die alten Bundesländer und die Kirchen sollen dafür jeweils 40 Millionen Euro bereitstellen. Die Entschädigung von Kindern, die in den Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen der DDR Unrecht erlitten hatten, soll nach den gleichen Maßstäben erfolgen.

■ **Wahlkreis**

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ **Bundestag**

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: (030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ **www.mechthild-rawert.de**



Mit diesem Antrag anerkennt der Deutsche Bundestag das erlittene Unrecht und Leid, das Kindern und Jugendlichen in verschiedenen Heimen der alten Bundesrepublik und der DDR widerfahren ist. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, in Abstimmung mit den betroffenen Ländern und Kirchen eine Umsetzung der Lösungsvorschläge des Runden Tisches „Heimerziehung“ vorzunehmen. Hierzu gehört die Realisierung rehabilitativer Maßnahmen, finanzieller Maßnahmen zugunsten einzelner Betroffener ohne Anrechnung auf Renten und Transferleistungen, finanzieller Maßnahmen für überindividuelle Aufarbeitung sowie die Einrichtung regionaler Anlauf- und Beratungsstellen für Betroffene. Bis Juni 2013 soll ein Bericht über die Umsetzung sowie Empfehlungen zur „Prävention und Zukunftsgestaltung“ vorgelegt werden. Die weitere wissenschaftliche Aufarbeitung ist sicherzustellen.

Andere Opfergruppen

Für andere Opfergruppen sollen in Abstimmung mit den betroffenen Ländern Regelungen gefunden werden. Der Deutsche Bundestag hat die Bundesregierung damit aus meiner Sicht zur aktiven politischen und staatlichen Unterstützung auch der „Kriegskinder“, der „Wehrmachtskinder“, der „Besatzungskinder“ aufgefordert. Ich werde auf diese notwendige Unterstützung Bezug nehmen bei den bei mir angeforderten Hilfen zur Klärung von Staatsangehörigkeiten oder bei der Gewährung des freien Zugangs zu Archiven bzw. des Einblick in bzw. Erhalts von Original-Geburtsurkunden.

Mandatsverlängerungen zu Einsätzen im Libanon und im Kosovo



Das UN-Mandat UNIFIL besteht seit 2006, um den gewaltsam eskalierten Konflikt im Libanon politisch einzuhegen. Mittlerweile ist es vorwiegend auf die Ausbildung der libanesischen Streitkräfte ausgerichtet. Ich habe mit meiner Fraktion der Verlängerung des UNIFIL-Mandats bei der namentlichen Abstimmung zugestimmt, weil die jetzige Ausrichtung des Mandats weiterhin wichtig ist für die Stabilisierung der Region.

Das KFOR-Mandat der NATO im Kosovo läuft bereits seit 1999. Es wurde jetzt auch mit meinem Ja im Rahmen der namentlichen Abstimmung um ein weiteres Jahr verlängert. Von ursprünglich 55.000 NATO-Soldaten, die durch KFOR zum Einsatz kamen, leisten mittlerweile noch 5.500 Dienst, der deutsche Beitrag wurde auf knapp 1.000 abgesenkt. Gleichzeitig stieg die Zahl der

Polizist/innen, Staatsanwälte und Richter, die im Rahmen der EU-Rechtsstaatsmission EULEX zum Einsatz gebracht wurden. Wir wollen eine regionale Regelung der Konflikte mit politischen Initiativen unterstützen und eine Anerkennung der bislang umstrittenen Staatsgrenzen in der Region befördern.

CO₂-Gebäudesanierungsprogramm

Anlässlich der Ankündigungen der Bundesregierung 2010 bei den Mitteln für die KfW-Förderprogramme „Energetisch Bauen“ und „Energetisch Sanieren“ Kürzungen vorzunehmen, hat die SPD-Bundestagsfraktion den Antrag „Angekündigte Mittelkürzungen beim CO₂-Gebäudesanierungsprogramm zurücknehmen“ (Drs. 17/2346) in den Bundestag eingebracht. Der Antrag wurde am 9. Juni abschließend im Parlament beraten.



Auch wenn auf Grund der energiepolitischen Kehrtwende der schwarz-gelben Bundesregierung nun wieder mehr Fördergelder bereitgestellt werden sollen, zeigt sich deutlich, dass wieder nur bestimmte Klientel profitieren: diesmal die Vermieter. Ihnen kommt Schwarz-Gelb mit Steueranreizen, Förderprogrammen und auch im Mietrecht entgegen. Derweil werden die Kosten für die energetische Sanierung auf die Mieterinnen und Mieter abgewälzt. Ein sozialpolitischer Ansatz fehlt dem Gesetzentwurf der Regierung völlig.

Hinzu kommt, dass die Finanzierung der Fördermittel nicht gesichert ist, da sie aus dem Energie- und Klimafonds erzielt werden sollen. Vor dem Hintergrund, dass 40 Prozent der CO₂-Emissionen dem Gebäudebestand zuzurechnen sind und die Programme zum energetischen Sanieren erfolgreich angewendet werden, sind hier große Einsparungen zur CO₂-Reduzierung zu erzielen. Expert/innen gehen davon aus, dass fünf Milliarden pro Jahr investiert werden müssen, um die Klimaschutzziele zu erreichen.

Tiefgreifend sind die Auswirkungen für Beschäftigung im Handwerk und Mittelstand. Das „Bremer-Energie-Institut“ hat festgestellt, dass eine Milliarde an Investition rund 20.000 Vollzeitarbeitsplätze sichert. Von dieser einen Milliarde fließen rund 550 Millionen Euro über Steuern und Sozialversicherungsbeiträge in die öffentlichen Kassen zurück.

■ **Wahlkreis**

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ **Bundestag**

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: (030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ **www.mechthild-rawert.de**



■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 12

Wir fordern von der Bundesregierung in unserem Antrag, die Förderung auf hohem Niveau zu verstetigen. Denn Vermieter, Handwerker/innen und Hersteller brauchen Planungssicherheit. Außerdem muss sichergestellt werden, dass die Klimaschutzziele erreicht werden können. Ferner soll die Beratung und Zielgenauigkeit des Programms verbessert werden. Um Synergieeffekte zu nutzen, soll das Gebäudesanierungsprogramm sinnvoll mit anderen Förderprogrammen z. B. für altersgerechtes Wohnen verknüpft werden und stärker auf wirtschaftlich effiziente, sozial gebotene und klimapolitisch sinnvolle Maßnahmen ausgerichtet werden. Das Programm ist aus Sicht von Sozialdemokrat/innen auch auf größere Wohneinheiten und Quartiersbezug weiterzuentwickeln.

■ Praktikum im Bundestag

Alexandros Raftopoulos stellt sich vor



Mein Name ist Alexandros Raftopoulos und ich bin fünfzehn Jahre alt. Ich besuche die Heinrich-von-Kleist Oberschule in Moabit. Mein Hobby ist Fußball spielen. Hinsichtlich der Politik habe ich bisher eher weniger Erfahrungen gemacht, jedoch wird mir das Praktikum bei der SPD-Bundestagsabgeordneten Mechthild Rawert sicherlich einen tiefen Einblick in die parlamentarische Arbeitsweise verschaffen. Ich freu mich auf die nächsten zwei Wochen.

Reichtumsbericht zur Wirksamkeit von Schuldnerberatung belegen dies eindrücklich.

Zu Recht steht deshalb ihre Finanzierung im Mittelpunkt der Aktionswoche 2011. Als Bundestagsabgeordnete unterstütze ich die Initiative zu dieser Aktionswoche und die wichtige Arbeit der Wohlfahrtsverbände. Die SPD-Bundestagsfraktion unterstützt auch in diesem Jahr wieder mit ihrer *AG Verteilungsgerechtigkeit und soziale Integration* die Aktionswoche und ihr Thema, die Finanzierung der Schuldnerberatung.

Schuldnerberatung muss insgesamt besser ausgestattet werden, sowohl finanziell als auch bei der psychologischen und persönlichen Beratung. Jeder Euro für die Schuldnerberatung führt zu Einsparungen bei Sozialausgaben in Höhe von zwei Euro - das ist auch im Interesse der öffentlichen Haushalte.

Bei uns in Berlin gibt es gute und seriöse Beratungsstelle, z.B. von der Verbraucherzentrale Berlin e.V. oder von der AWO oder dem Diakonischen Werk und der Caritas. Auch die Sozialen Dienste der Justiz und der Selbsthilfe- und Beratungstreff Regenbogen e.V. bieten Beratung und Unterstützung bei Privatinsolvenzen an. Diese sind für die Betroffenen enorm wichtig und sollten unterstützt und ausgebaut werden.

In meinem Wahlkreisbüro biete ich die Möglichkeiten, sich bei der Verbraucherzentrale zu informieren.

■ Aus Tempelhof-Schöneberg und Berlin

Bessere Finanzierung der Schuldnerberatung ist notwendig

Die hohe Zahl von über 3 Millionen überschuldeter Haushalte ist ein Armutszeugnis für unser Land. Obwohl der Kampf gegen die Armut und ihre Reduzierung um 20 Prozent eines der fünf Kernziele der Strategie „Europa 2020“ ist, zu der sich auch die Bundesregierung verpflichtet hat, findet sich im „Nationalen Reformprogramm Deutschland 2011“, mit dem diese Ziele umgesetzt werden sollten, kein Wort dazu.



Präventionsarbeit gegen Überschuldung durch Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatung sind hocheffiziente Instrumente der Armutsbekämpfung. Ergebnisse einer Studie für den 3. Armuts- und

■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: (030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ www.mechthild-rawert.de



■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 13

■ Terminhinweise

Juni 2011:

● **Auf ein Wort mit Mechthild Rawert**

Auch Juni 2011 lade ich engagierte MultiplikatorInnen aus meinem Wahlkreis Tempelhof-Schöneberg zu thematischen Sommerfrühstücken ein. Damit setze ich meine Tradition der Sommerfrühstücke „Auf ein Wort Frau Rawert“ aus den vergangenen Jahren fort. In entspannter Atmosphäre möchte ich erfahren, wo der Schuh drückt. Im Austausch und Dialog kann ich wichtige Impulse für meine politische Arbeit im Bundestag mitnehmen. Die Sommerfrühstücke sind für die Teilnehmer/innen immer auch eine gute Gelegenheit, sich selbst anderen Vereinen und Verbänden zu vorzustellen.

Anmeldungen bis zum 17. Juni sind über mein Wahlkreisbüro noch möglich für folgende Sommertreffen:

- Migration & Integration
- Strategien gegen Rechtspopulismus
- Queer-Community

27. Juni: 18 - 21 Uhr

● **Fraktion vor Ort: Beschäftigungsfähigkeit für ALLE sichern**

Die demographische Entwicklung wird, so die Einschätzung aller Expert/innen zu einem schwerwiegenden Mangel an qualifizierten Arbeitskräften in Deutschland führen. In einigen Branchen wie im Gesundheitswesen und der Pflege ist der Fachkräftemangel schon jetzt spürbar. Die SPD-Bundestagsfraktion hat umfangreiche Konzepte zu mehr Beschäftigung vorgelegt. Schwarz-Gelb setzt stattdessen auf die Reduzierung der Arbeitsmarktmittel für Langzeitarbeitslose und Menschen mit höheren Vermittlungshemmnissen.

Die Spielräume und Handlungsfelder aktiver Arbeits- und Sozialpolitik auf dem Hintergrund der Kürzungen wollen wir diskutieren.

ANMELDUNG bis zum 20. Juni 2011 unter:

Telefon: (030) 227-73750, Telefax: (030) 227-76250,

eMail: mechthild.rawert@bundestag.de

Wilhelm-Leuschner-Saal im DGB-Haus

Kleiststr. 19-21, 10787 Berlin

FRAKTION VOR ORT: Montag, 27. Juni, 19 Uhr, Wilhelm-Leuschner-Saal, DGB-Haus
Beschäftigungsfähigkeit
für ALLE sichern - neues Denken anstelle von Mittelkürzungen

Weitere Termin-Infos unter:

www.mechthild-rawert.de/date-browser

oder über das Wahlkreisbüro, Tel. 720 13 884.



Impressum.

Mechthild Rawert, MdB

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel: 030/227 737 50

Fax: 030/227 762 50

V.i.S.d.P.: Mechthild Rawert

Kontakt.

Wahlkreisbüro

Friedrich-Wilhelm-Straße 86

12099 Berlin

Tel: 030/720 13 884

Fax: 030/720 13 994

eMail: mechthild.rawert@wk.bundestag.de

Anfahrt mit öffentlichen Verkehrsmitteln:

U6, U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.

Online.



www.mechthild-rawert.de



www.facebook.com/mechthild.rawert



www.flickr.com/photos/mechthild-rawert

1) Der QR-Code beinhaltet den Link auf unsere Homepage. Er ist zu lesen mit einem Smartphone, das über eine entsprechende App verfügt. Ein Reader ist z.B. zu finden unter: <http://reader.kaywa.com/getit>

■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)

Tel: (030) 720 13 884

Fax: (030) 720 13 994

E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: (030) 227 73 750

Fax: (030) 227 76 250

E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ www.mechthild-rawert.de

